

6/X. 1918

Die Kriegszulagen für die Angestellten.

120 Millionen jährlich.

Im Anschlusse an die vom Bgm. Dr. Weiskirchner abgegebene Erklärung bezüglich der Wünsche der städtischen Angestellten entwickelte sich gestern im Stadtrate eine längere Debatte. Der Personalreferent des Magistrates Obermagistratsrat Dr. August Mayr erklärte, daß die Gemeinde Wien dem Beispiele des Staates bezüglich der Zuwendungen an die städtischen Angestellten folgen werde. Es soll demnach die Teuerungszulage durchschnittlich um weitere 30% erhöht werden, auch die Zulagen der Pensionisten sollen eine Erhöhung erfahren, und es soll schließlich auch eine Anrechnung der Kriegsjahre bei der Zuerkennung der Pensionsbezüge in Erwägung gezogen werden. Die Mehrauslagen der Gemeinde Wien für die 30%ige Teuerungszulage werde 18 Millionen Kronen erfordern, womit die jährlichen Auslagen der Gemeinde für die Kriegszulagen einschließlich der wiederholten Anschaffungsbeiträge auf 120 Millionen Kronen jährlich steigen werden, wobei die vom Staate zu leistenden Rückvergütungen der halben Zuwendungen an die Lehrerschaft bereits aufgerechnet sind. Der für den Jänner 1919 in Aussicht genommene Anschaffungsbeitrag (der dritte im laufenden Verwaltungsjahre) werde voraussichtlich bereits vor Weihnachten bewilligt werden. Der im Voranschlage 1918/19 ausgewiesene Gebärungsabzug von 15 Millionen Kronen werde sich durch die Erhöhung der fortlaufenden Kriegszulage und durch die Bewilligung weiterer Anschaffungsbeiträge auf rund 50 Millionen Kronen erhöhen. Für das Verwaltungsjahr 1919/20 müsse unter der Voraussetzung, daß die Zulagen und die Anschaffungsbeiträge im gleichen Ausmaße weiter bewilligt werden, mit einem Abgange von über 100 Millionen gerechnet werden. Eine Deckung für diesen Abgang müßte in irgend einer Form gefunden werden, wenn nicht in anderer Weise, so durch ein Anleihen. Das Bestreben der Gemeinde Wien sei fortgesetzt darauf gerichtet, die Einnahmen der Stadt zu erhöhen, eventuell neue Einnahmequellen zu schaffen. — In der darauffolgenden Debatte wurde eine Reihe von Anregungen gegeben und am Schlusse sprach Bgm. Dr. Weiskirchner die Erwartung aus, daß der Magistrat in der Lage sein werde,

*stern in der kommenden Woche
den Ratrat mit Vorlage über
die Zuwendungen an die
Gemeindungsstellen zu unterbreiten.*